



Kapitalmarkt rasch ordentlich ausmisten

Der Arbeitskreis Kapitalmarkt Österreich der ÖVFA startete eine Dialog-Initiative mit Kapitalmarkt-Stakeholdern und der Politik.

••• Von Reinhard Krémer

Der von der ÖVFA (Österreichischen Vereinigung für Finanzanalyse und Asset Management) initiierte Arbeitskreis Kapitalmarkt Österreich, der aus den Fachverbänden Aktienforum, CFA Austria, CIRA, ÖVFA, Fachverband der Pensionskassen der WKÖ, VÖIG und der Wiener Börse besteht, hat nun in einem Positionspapier die wichtigsten Wünsche an die Politik zusammengefasst. Tenor: Es muss einfacher, moderner und aktienfreundlicher werden – und das möglichst rasch.

„Die Aktie wird in Österreich ideologisch dämonisiert, was heimische private Anleger davon abhält, sich – zur langfristigen Vorsorge ähnlich der Schweiz – an Paradeunternehmen wie Andritz, Wienerberger, etc. zu beteiligen“, so Fritz Mostböck, Präsident der ÖVFA, Mitinitiator des Arbeitskreises und Head

of Group Research der Erste Group. „Ein funktionierender Kapitalmarkt bietet privaten Anlegern die Möglichkeit langfristiger Vorsorge, hat positive Auswirkungen auf Wirtschaft wie Beschäftigung und erhält letztlich starke wettbewerbsfähige Unternehmen.“

Damit ist der Kapitalmarkt eine wesentliche Voraussetzung für mehr Wohlstand, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, so Mostböck. Paul Severin vom ÖVFA ergänzt: „Unternehmen müssen ihre Kapitalstruktur optimal gestalten und ihre Eigenkapitalbasis nachhaltig stärken, wozu ein entwickelter und starker Kapitalmarkt eine unbedingte Voraussetzung ist.“

Die heimische Investmentfondsbranche hat sich in den letzten Jahren massiv verändert. Während die Präsenz globaler Asset Manager zunimmt, sinkt die Anzahl der Marktteilnehmer mit dezidiertem Österreichfokus, so die Proponenten. Das

führt zu Verlagerungen des Portfoliomanagements ins Ausland.

Des Weiteren erschweren steigende regulatorische Vorgaben die Möglichkeiten für Banken, Versicherungen und Pensions-, bzw. Vorsorgekassen, sich am österreichischen Kapitalmarkt überproportional zu engagieren, heißt es im Positionspapier.

Die vom Arbeitskreis vorgestellten Maßnahmen sollen die Aktivität und das für heimische Investitionen vorhandene Kapital quer über alle Assetklassen steigern, um zu einem lebendigeren heimischen Kapitalmarkt beizutragen.

Hier die Forderungen in einer kompakten Zusammenfassung.

Pensions-Säule stärken

Die Maßnahmen zur Förderung der zweiten Säule stärken gleichzeitig den heimischen Kapitalmarkt und würden dazu beitragen, dass von derzeit einem Viertel mittelfristig die Hälfte aller Arbeitnehmer Anspruch auf eine Firmenpension hat, so das Positionspapier:

- Steuerliche Gleichstellung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge
- Einführung eines Prämienmodells für Geringverdiener
- Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für einen Generalpensionskassen-Vertrag
- Verwaltungsvereinfachung
- Ausbau der 3. Säule
- Einführung eines steuerbegünstigten/steuerbefreiten Vorsorgedepots anstelle der derzeitigen prämiengünstigen Zukunftsversorgung.

Die Finanzbildung stärken

Finanzwissen und das Bewusstsein für wirtschaftliche Zusammenhänge sind in der österreichischen Bevölkerung wenig verankert.

Wirtschaftliches Basiswissen ist jedoch Voraussetzung für eine selbstbestimmte finanzielle Zukunft und Bildung der beste Anlegerschutz. Finanzwissen darf nicht als Elitethema wahrgenommen werden, sondern muss *allen* Menschen zugänglich gemacht werden (Chancengleichheit).

Dazu werden unter anderem folgende Maßnahmen vorgeschlagen: Finanz- und Wirtschaftsbildung muss zwingend in den Lehrplänen der Schulen ab Sekundarstufe I verankert werden.

Eine Überarbeitung der Lehrbücher und Lernmaterialien der relevanten Fächer. Notwendige Anpassung der Inhalte in der Lehreraus- und -fortbildung und damit Sicherstellung des Wissenstransfers in der Schule.

Schrittweise Änderung des „Mindsets“ in der Bevölkerung sollte gefördert werden.

Weiterhin Nein zur-FTT

Der aktuelle Vorschlag einer Finanztransaktions-Steuer (FTT) benachteiligt heimische Unternehmen und österreichische Anlegersparer und würde damit die heimische Wirtschaft schädigen.

Eine solche Steuer belastet im Endeffekt die Kleinanleger und Fondssparer, reduziert die Rendite der Pensionskassen und von Anspar-/Vorsorgemodellen, verteuert die Unternehmensfinanzierung und beeinträchtigt die Bereitstellung von Kapital über die Börse.

Behaltefrist wieder einführen

Aktienforum, CIRA, ÖVFA, der Fachverband der Pensions- und Vorsorgekassen der WKO, VÖIG, CFA Society Austria und die Wiener Börse fordern klar die Einführung einer Behaltefrist von einem Jahr und eine zügige Umsetzung dieser Maßnahme.

Weiters könnte das Thema Behaltefrist mit oben angeregtem Vorsorgedepot gelöst werden. Hiermit können auch Lenkungseffekte erzielt werden (z.B. durch

”

Die Aktie wird in Österreich ideologisch dämonisiert, was heimische private Anleger davon abhält, sich zur Vorsorge an Paradeunternehmen zu beteiligen.

Friedrich Mostböck
ÖVFA

“

Berücksichtigung von ESG-Kriterien wie etwa ökologische und ethische Veranlagungen).

Damit verbunden, bleibt die Forderung aller Stakeholder nach einer KEST-Senkung. Die Anhebung der KEST auf Dividenden- und Kuponzahlungen sowie Kursgewinne auf 27,5% war ein falsches Signal an Privatanleger:

Being Public vereinfachen

Durch ein nationales Fördermodell für Analysetätigkeit soll ein Österreich-spezifisches, für den heimischen Markt maßgeschneidertes Anreizsystem geschaffen werden.

Ziel ist es, den Zugang zum Kapitalmarkt für österreichische börsennotierte Gesellschaften weiterhin zu erhalten und zu sichern. Damit wird die Standortattraktivität des Kapitalmarkts in Österreich verbessert. Außerdem sollen Mitarbeiterbeteiligungsmodelle gefördert und Kapitalerhöhungen vereinfacht werden.

Börsenvorteile nutzen

Unternehmertum ist nicht Kernaufgabe eines Staates, jedoch ist seine Rolle als Kernaktionär in Österreich eine sehr wichtige. Die Kombination von Staatsbeteiligung bei gleichzeitiger Nutzung der Börsenvorteile ist in Österreich ein Erfolgsmodell, das auch als Vorlage für eventuelle zukünftige Beteiligungen herangezogen werden kann.

Bei der Ausgestaltung einer Staatsbeteiligung hat der Staat große Spielräume: Er kann zum Beispiel die Mehrheit mit 75% plus 1 Aktie behalten bzw. den Anteil auf 25% plus einer Aktie (Sperrminorität) reduzieren.

Weitere Maßnahmen

Gefordert werden außerdem die steuerliche Gleichsetzung von Eigen- und Fremdkapital, die Begünstigung von Eigenkapitalinvestments von Banken und Versicherungen und die Erhöhung von vorbörslichen Beteiligungen: Es sollten in Österreich attraktive steuerliche Rahmenbedingungen für depotfähige Private Equity-Beteiligungen geschaffen werden.

Dazu wäre eine Umsetzung des geplanten Wagniskapitalgesetzes oder eine Überarbeitung des Mittelstandsfinanzierungsgesetzes notwendig.



© ERSTE GROUP BANK AG

Friedrich Mostböck
Präsident der ÖVFA, Mit-
initiator des Arbeitskreises und
Head of Group Research der
Erste Group.